

Entwicklung der Informatikkosten der Staatsverwaltung (40.14.02)

Kantonsrat, 16. September 2014

Der Kommissionspräsident sowie die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher haben darauf hingewiesen, dass der Postulatsbericht die eine oder andere Frage offen lässt. Ich bin froh darüber, dass sie ebenso deutlich erwähnten, dass das Finanzdepartement schon vor der Kommissionssitzung einen breiten Fragenkatalog beantwortete und darin ausführlich zu den im Postulatsbericht vermissten oder kritisierten Ausführungen Stellung nahm. Viele Fragen konnten so ziemlich "unbürokratisch" und zeitverzugslos beantwortet werden.

Im Rückblick auf die Kommissionsberatungen darf ich feststellen, dass der externe Experte, Oliver Vaterlaus, dem Kanton St.Gallen in Sachen Informatik eine insgesamt recht gutes Zeugnis ausstellte. Ich will aber ebenso wenig wie Kantonrat Forrer und Kantonsrätin Huser bestreiten, dass noch Optimierungspotenzial besteht.

Ich habe denn auch während der Kommissionsberatungen die Bereitschaft erklärt, die Berichterstattung über die Entwicklung der Informatikkosten im AFP und in Rechnung und vorausschauend auch im Voranschlag auszudehnen und die Finanzkommission inskünftig auch über Anpassungen in der Informatikstrategie und über die Informatikvorhaben pro-aktiv zu informieren. Damit kann dann der Kantonsrat seine Mitwirkung – beispielsweise bei der Beratung von IT-Sonderkrediten – noch besser wahrnehmen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Wir werden intern auch prüfen, wie wir das IT-Controlling verbessern können. Allerdings ist es nicht etwa so, dass bislang überhaupt kein Controlling und kein Kostenmanagement erfolgten oder Arbeitsvergaben zu überhöhten Preisen erfolgten. Und vor allem, Frau Kantonsrätin Martin, ist es nicht so, dass die Informatikkosten "ausser Kontrolle" gelaufen sind, wie dies das Postulat ursprünglich ausdrückte. Im Gegenteil, wir haben die Informatikkosten recht gut im Griff – zugegeben, weil wir im Rahmen der Sparpakete auch den Informatikbereich mit einem hohen Kostendruck

belegten. Deshalb sind die Informatikaufwendungen in den letzten Jahren einigermaßen stabil geblieben und sie sollen auch in den nächsten Jahren stabil bleiben.

Im Rechnungsjahr 2013 beliefen sie die gesamten Informatikkosten (mit Personalaufwand) auf rund 65 Mio. Franken (vgl. Antwort 8.1 im Bericht FD, S. 15). Nicht eingerechnet sind die Abschreibungen der IT-Sonderkredite und auch nicht die Informatikkosten der mit Globalkrediten, Spezialfinanzierungen oder Staatsbeiträgen finanzierten Institutionen. Ebenfalls nicht enthalten sind die Aufwendungen für die Unterrichtsinformatik, d.h. für jene Informatik, die zu Unterrichtszwecken in den Berufsschulen und den Mittelschulen verwendet wird.

Selbst bei Berücksichtigung dieser Aufwendungen lässt sich feststellen, dass das Aufwandwachstum früherer Jahre insgesamt nachhaltig gebremst und stabilisiert werden konnte.

Personalaufwand

Sie haben festgestellt, dass der Kanton St.Gallen im Vergleich mit anderen Kantonen einen vergleichsweise tiefen Personalaufwand im Informatikbereich aufweist. Dies ist leicht erklärbar. Wir haben in unserer Staatsverwaltung ganz bewusst den Grossteil der Informatikproduktion ausgelagert, zum Beispiel an die Abraxas. Dies erklärt, warum in der Zentralverwaltung nur gerade 27 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalent) mit Informatikaufgaben betraut sind. In anderen Kantonen ist das Informatik-Betriebspersonal integraler Bestandteil der Verwaltung. Deshalb lässt sich der Informatik-Personalaufwand nur schwer vergleichen. Ein Vergleich führt, wie der Kommissionspräsident richtig erwähnte, nicht weiter. Bei einem Vergleich müsste das konkrete Leistungsangebot verglichen werden. Dazu liegen aber keine aussagekräftigen Vergleichsdaten vor. Diese Problematik der schwierigen Vergleichbarkeit haben wir auch in anderen Leistungsbereichen. Ich verweise hier auf die verschiedenen Abklärungen, welche wir im Rahmen der Erarbeitung des Entlastungsprogramms 2013 gemacht haben. Genauso wie ein Vergleich der Kosten zwischen zwei Kantonen zum Beispiel für die Kantonspolizei nicht einfach ist, lassen sich auch die Informatik-

kosten nicht ohne weiteres vergleichen, dies weil die Strukturen und Aufgaben sowie die Menge und die Qualität der erbrachten Leistungen sehr unterschiedlich sind.

Ausblick und Herausforderungen

Wir haben versucht, im Postulatsbericht einige Trends abzubilden (vgl. Ziff. 4 des Berichts, S. 25 ff.). Dort haben wir die Planwerte für die Informatikaufwendungen bis ins Jahr 2017 aufgezeigt und auch auf das strategische Querschnittsvorhaben APZ 2015 hingewiesen. Dieses Projekt ist eine "grosse Kiste", auf deren gute Umsetzung wir grösste Sorgfalt verwenden. Wir tun alles dafür, dass es nicht zu solch schlechten Erfahrungen wie beim Bund beim Projekt "Insieme" kommen wird.

Ich komme zu folgenden vier **Schlussfolgerungen**

1. Investitionen des Kantons im Informatikbereich (insbesondere in Fachanwendungen für Massengeschäfte wie beispielsweise bei der Steuererhebung, im Migrationsamt oder beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt) führen grundsätzlich zu Entlastungen des Personalaufwands. Eine gesamthafte Bezifferung dieser Einsparungen im Personalaufwand ist aufgrund der fehlenden systematischen Erfassung solcher Daten, der Vielzahl von Fachanwendungen wie auch aufgrund deren Komplexität nicht möglich. Festhalten kann ich immerhin, dass beispielsweise im Steuerbereich dank effizienter Informatiklösungen stark zunehmende Fallzahlen jahrelang ohne zusätzliche Arbeitsstellen bewältigt konnten.
2. Mit einem verstärkten Benchmarking wollen wir in Zukunft die Informatikaufwendungen besser vergleichen und daraus gezielte Massnahmen zur Optimierung des Mitteleinsatzes ableiten.
3. Die Steuerung der Informatikkosten hat sich bewährt. Sie erfolgt anhand funktionsstüchtiger Instrumente (Priorisierung, Budgetprozess und Prozesssteuerung) zentral durch den Dienst für Informatikplanung (DIP). Der Kanton St.Gallen ist diesbezüglich gut positioniert. Verbesserungsmöglichkeiten, wie sie vom Experten aufgezeigt wurden, werden wir prüfen (z.B. Service-Tower-Modell).
4. Die Berichterstattung an den Kantonsrat und die Fiko werden wir ab sofort ausbauen.